

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

17.8.1927 (No. 189)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Reduzierte Wohnungsbauprogramme

Im Frühjahr haben die meisten deutschen Kommunalverwaltungen recht umfangreiche Wohnungsbauprogramme aufgestellt. Sie rechneten nicht nur mit sehr hohen Einnahmen aus dem Hauszinssteuerertrag, sondern auch mit der Stabilität des Geldmarktes, die man damals noch für eine dauerhafte Erscheinung hielt. Inzwischen hat aber nicht nur der Eingang der Hauszinssteuerhypotheken — hauptsächlich wegen der Langsamkeit der Überweisung — Enttäuschungen gebracht, sondern außerdem hat bekanntlich die Geldmarktlage wieder eine vollkommene Veränderung erfahren. Heute sind Wohnungsbauprogramme aus privaten Quellen kaum mehr zu bekommen oder doch nur zu so ungünstigen Bedingungen, daß ihre Verwendung für Wohnungsbauzwecke sich zu teuer stellt. Die Finanzierungsmöglichkeiten des Wohnungsbaues bleiben hinter den gehegten Erwartungen weit zurück, und so sind viele Kommunalverwaltungen gezwungen, ihre Wohnungsbauprogramme wesentlich einzuschränken.

Ob sie den übrig gebliebenen Rest des Programms werden durchführen können, wird zu einem großen Teile davon abhängen, ob es noch gelingt, Auslandskapital für den Wohnungsbau nutzbar zu machen. Bekanntlich steht die Reichsbank auf dem Standpunkt, daß Wohnungsbauten nicht als produktiv anzusehen sind, und daß deshalb für sie Auslandskapital nicht verwendet werden darf. Im Gegenzug hierzu will man Unternehmen, die Arbeiterwohnungen für ihre eigenen Belegschaften bauen wollen, die Aufnahme von Auslandsanleihen zu diesem Zweck gestatten. Es ist schwer einzusehen, inwiefern der allgem. Wohnungsbau weniger produktiv ist als der Bau von Arbeiterwohnungen, da doch jener gleichfalls zum großen Teil arbeitenden Kreisen im weitesten Sinne, also der volkswirtschaftlichen Produktion, zugute kommt. Aber selbst wenn es noch gelingen sollte, den Widerstand der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums gegen die Verwendung von Auslandskrediten für den Wohnungsbau zu überwinden, so wird hierbei viel Zeit verloren gehen, und wenn wirklich die Verhandlungen im Auslande über die Aufnahme von Wohnungsbauanleihen in diesem Jahre noch zu einem Erfolge führen, so wird es zu spät sein, um die entsprechenden Wohnungsbauteile noch in diesem Jahre durchzuführen. Man wird also zufrieden sein müssen, wenn man in der Bauzeit 1927 das reduzierte Bauprogramm noch einigermaßen durchführen können. Die Bauzeitigkeit hat zur Zeit ihren Höhepunkt bereits erreicht, und in wenigen Monaten wird man mit Neubauten nicht mehr beginnen können.

Zwei Momente sind es gegenwärtig vor allem, die die Wohnungsbauteiligkeit hemmen und erschweren. Das eine ist die Hypothekennote. Soweit Hypothekengelder in den letzten Monaten angeboten werden, werden vielfach Bedingungen gestellt, die für die Darlehensnehmer kaum annehmbar sind. So bieten z. B. die Hypothekendarlehenbanken infolge des mangelnden Pfandbriefabsatzes den Bauherren oft Pfandbriefe an, die aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur sehr schwer oder mit sehr großen Verlusten zu Geld zu machen sind. Noch schärfer ist es zu beurteilen, wenn den Bauunternehmern gleichzeitig angeboten werde, die Pfandbriefe zu beleihen oder beleihen zu lassen, denn in diesem Falle müssen die Hypothekenschuldner doppelte Zinsen zahlen, einmal an die Hypothekendarlehensbank und einmal an den Gläubiger des geliehenen Geldes, der in manchen Fällen wiederum die Hypothekendarlehensbank selbst ist. Ebenso entschieden zu verwerfen ist es endlich, wenn Lebensversicherungsunternehmen die Übergabe von Hypotheken an die Bedingung knüpfen, daß von dem Schuldner gleichzeitig eine Lebensversicherung eingegangen wird. Hierdurch verschafft sich die Versicherungsgesellschaft nicht nur eine doppelte Sicherheit, sondern auch doppelte Verdienste, während der Hypothekenschuldner, der um die Hypothek zu erhalten, eine Lebensversicherung eingehen muß, die er gar nicht braucht, doppelt belastet wird.

Die Tatsache, daß derartige Mittel bei der Vergabung von Baudarlehen häufig angewendet u. derartige Bedingungen nicht selten gestellt wurden, beweist, wie ungesund und ungünstig die Entwicklung auf dem Hypothekemarkte sich gestaltet. Zu alledem kommt noch die Verteuerung der Baumaterialien, die allerdings ihren Höhepunkt überschritten hat, weil fast überall das Bauprogramm reduziert worden ist und zahlreiche Bestellungen auf Lieferung von Baumaterial rückgängig gemacht worden sind. Neubestellungen aber nicht mehr in großer Zahl eingehen. Leider liegen die Dinge so, daß, solange gebaut werden kann, die Preise der Baustoffe auch hochbleiben, und daß sie erst dann niedriger werden, wenn die Bauzeit zu Ende ist oder aus anderen Gründen

nicht mehr gebaut werden kann. Wenn man am Ende des laufenden Jahres die Bilanz ziehen wird, so wird sich auch diesmal wieder zeigen, daß man durch zu umfangreiche Bauprogramme am Beginn der Bauzeit nur eine Verteuerung des Bauens erreicht hat, und daß es entschieden besser gewesen wäre, nicht so weitreichende Baupläne zu entwerfen, dafür aber alle geplanten Bauten auch durchzuführen.

Einnahmen und Ausgaben in der Angestelltenversicherung

Die Aufwendungen für Renten in der Angestelltenversicherung nehmen von Jahr zu Jahr zu, da eine immer größere Anzahl versicherter Angestellter in den Genuss von Ruhegeldern gelangt, und da auch die Zahl der Empfänger von Hinterbliebenenrenten von Jahr zu Jahr anwächst. Im Jahre 1924 waren, in runden Ziffern, 25 000 Ruhegeldempfänger in der Angestelltenversicherung vorhanden, im Jahre 1925 27 000 und im Jahre 1926 30 000. Die für die Zahlung der Renten erforderlichen Selbstbeiträge beliefen sich im Jahre 1924 auf rund 8 Millionen RM, im Jahre 1925 auf 26 Millionen RM und im Jahre 1926 auf 39 Millionen RM. Auch die Anzahl der Witwenrenten ist von 21 000 im Jahre 1924 auf 33 000 im Jahre 1926 sowie die der Waisenrenten von 19 000 auf 24 000 in der gleichen Zeit gestiegen.

Die Zunahme der Aufwendungen für Rentenzahlungen befindet sich jedoch erst im Anfange. Es ist selbstverständlich, daß diese Aufwendungen im Laufe des Jahres weiter anwachsen werden, und daß darum umfangreiche Rücklagen notwendig sind, damit die Angestelltenversicherung den künftigen geschätzten Ansprüchen der Versicherten auch gewachsen ist. So erklärt es sich ohne weiteres, daß gegenwärtig die Einnahmen der Angestelltenversicherung ihre Ausgaben um das Vielfache übersteigen. Es betragen im Jahre 1926 die Gesamteinnahmen rund 80 Millionen RM, die Gesamtausgaben aber rund 287 Millionen RM. Fast wäre es, wenn man hierin etwa eine Theatervorstellung der Leistung der Angestelltenversicherung erblicken wollte. Bis jede Lebensversicherung, so muß auch die Angestelltenversicherung bedeutende Reserven anhäufen, um in Zukunft den eingegangenen Rentenverpflichtungen gegenüber der außerordentlich großen Zahl von Versicherten nachkommen zu können.

Das Vermögen der Angestelltenversicherung hat demgemäß auf Grund der laufenden Ausgaben weit überschreiten den Beitragseinnahmen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es betrug im Jahre 1924 erst 178 Millionen RM, im Jahre 1925 aber 330 und im Jahre 1926 534 Millionen RM. Berücksichtigt man aber, daß in der Angestelltenversicherung zurzeit etwa 2,8 Millionen Versicherte vorhanden sind, und daß dementsprechend nach den versicherungsmathematischen Berechnungen einmal eine Höchstzahl von 100 000 Ruhegeldempfängern vorhanden sein wird, während heute erst 30 000 Ruhegeldempfänger gezählt werden, so folgt daraus, daß das vorhandene Vermögen keineswegs etwa reichlich hoch ist. Eine Veranschlagung der Zahl der Ruhegeldempfänger würde schon ohne eine entsprechende Erhöhung der Rentenbeiträge eine jährliche Aufwendung erfordern, die weit über die heutigen Gesamteinnahmen hinausgeht. Dazu kommt, daß sich auch die Witwen- und Waisenrenten noch sehr beträchtlich vermehren werden. Es wird also in zehn oder zwölf Jahren spätestens eine Zeit kommen, in der nicht nur die Beitragseinnahmen durch die Renten vollkommen aufgeschwemmt, sondern auch aus den Zinsen des inzwischen angesammelten Vermögens sehr erhebliche Zuschüsse notwendig sein werden.

Ansammlung eines Vermögens ist also für die Angestelltenversicherung, deren Zweck die zukünftige Versorgung der Versicherten ist, unumgänglich. Eine Erhöhung der Leistungen, namentlich aber eine Verabfolgung der Altersgrenze für die Ruhegeldzahlung auf das sechzigste Lebensjahr, die von vielen Seiten gefordert worden ist, würde demgemäß nicht möglich sein, ohne daß gleichzeitig die Beiträge wesentlich erhöht werden, da man ja die künftigen Rentenansprüche der heutigen Versicherten unter keinen Umständen geschehen darf.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsabkommens

W.F.B. Paris, 17. Aug. (Tel.). Wasas gibt um 10 Uhr bekannt, daß das deutsch-französische Handelsabkommen heute vormittag vom Handelsminister Volanowski und Ministerialdirektor Risse unterzeichnet worden ist. Die Unterzeichnung durch den Minister des Auswärtigen, Briand, und Vizekonsul v. Höpf, würde sicher im Laufe des Tages folgen.

Für die Befreiung des Rheinlandes. Zu einer machtvollen Rundgebung für die Befreiung des Rheinlandes ruft am Sonntag vormittag halb 11 Uhr die „Rheinische Weisheitsrunde“ in die 5000 Teilnehmer fassende neue Stadthalle zu Magdeburg. Neben Vertretern der Reichsregierung wird Oberbürgermeister Dr. Weiß (Ludwigshafen) den Empfangenden der besetzten Gebiete Ausdruck geben. In großer Zahl werden namhafte Vertreter des Rheinlandes, der Berliner Zentralbehörde und der Presse aus ganz Deutschland erwartet. Die Weisheitsrunde und ein auf die Guldigung der Rheinlande an „Germania“ abgestimmtes Weisheitspiel werden die Rundgebung künstlerisch umrahmen. — Die Stadt Magdeburg wird in diesen Tagen durch eine ganze Reihe rheinischer Veranstaltungen ein stimmungsvolles rheinisches Gepräge tragen.

Politische Neuigkeiten

Ein vierter Vortrag Dr. Reinholds in Amerika

In seinem vierten Vortrag im Institut für Politik zu Williamsstown, schilderte der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft seit der Stabilisierung, insbesondere die Deflationstriebe im Jahre 1924 und die Wirtschaftskrise im Winter 1925/26. Dr. Reinhold gab Ziffern über die Kapitalverluste Deutschlands unmittelbar nach dem Krieg und betonte die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe für produktive Zwecke. Er erklärte, ein Abbau der Zollmauern seitens des Auslandes sei die Grundlage für die gesamte Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Zukunft. Der nächste Vortrag Dr. Reinholds über den Dawesplan wird mit großer Spannung erwartet.

Reichsfinanzministerium und Beamtenbesoldung

Unmittelbar nach der Vertagung des Reichstages hatten die demokratischen Reichstagsabgeordneten Rönneberg und Brodauf unter Hinweis auf die Aktion der sächsischen Regierung in bezug auf die Beamtenbesoldung den Reichsfinanzminister ersucht, auch für die Reichsbeamten noch vor dem 1. Oktober mindestens eine ähnliche Maßnahme wie in Sachsen zur Durchführung zu bringen. Darauf ist jetzt eine Antwort Dr. Kührers eingegangen, in der es den Wählern zufolge u. a. heißt:

„Namens der Reichsregierung habe ich mich bereit erklärt, die Unterstützungsmittel der Behörden der allgemeinen Reichsverwaltung um rund 3 Millionen Reichsmark zur Linderung der Not derjenigen Reichsbeamten, die sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, zu verstärken. Diese Maßnahmen erscheinen mir zweckmäßiger als das Vorgehen Sachsens. Zu meinem Bedauern muß ich davon absehen, der Reichsregierung sowie den gefolgegebenden Körperschaften eine ähnliche Regelung vorzuschlagen, wie sie das Land Sachsen neuerdings getroffen hat.“

Reichswehr und Besoldungsreform

Bei der kommenden Besoldungsreform sollen, wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ mitteilt, die Reichswehrangehörigen aus dem allgemeinen Besoldungsschema herausgenommen werden.

Es sollen wieder Stellegenhalter geschaffen werden, wobei der Dienstgrad das Gehalt bestimmen soll. Die Mannschaften sollen eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge erhalten; die Bezahlung der Verpflegung soll bleiben, dagegen soll an die Stelle der bisher bezahlten Unterkunft die freie Unterkunft treten. Für den Leutnants- und Oberleutnantsrang sollen vier, für den Hauptmannsrank drei Gehaltsstufen vorgesehen werden, wobei jede Stufe eine Zeitspanne von drei Jahren umfassen soll. Vom Major an sollen Einzelgehälter gezahlt werden. Für alle Reichswehrangehörigen und ihre Familien bis zum Obersten soll eine freie Selbstfürsorge eingeführt werden. Der Kostenaufwand für diese Besoldungsreform soll bei der Reichswehr rund 25 Millionen RM jährlich betragen.

Der dritte europäische Nationalitätentongress

Am dem Kongress der nationalen Minderheiten, der vom 22. bis 24. August dieses Jahres in Genf stattfindet, werden über 35 verschiedene Minderheitsgruppen aus allen Teilen Europas beteiligt sein, die zusammen eine Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen umfassen. Mit den Ukrainern, den Weißrussen und den Litauern in Polen, die bisher eine Erweiterung des Kongressprogrammes forderten, schweben noch die Verhandlungen. Auch die Rumänen Südbanwiens und die Serben Rumaniens wollen am Kongress teilnehmen. Die Tagung wird vom Präsidenten der beiden bisherigen Nationalitätentongresse, dem slowenischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. J. Wilfan, eröffnet werden und sich dann mit der Frage befassen, wie weit die nationale Unzufriedenheit die Beziehungen zwischen den Völkern selbst vergiftet und so zu einer der wesentlichsten Konfliktsursachen in Europa wird — eine Klärung, die sicherlich im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Der vom Sekretariat des Nationalitätentongresses herausgegebene Bericht über den vorjährigen Kongress gibt auf 100 Druckseiten eine Übersicht über die Nationalitätenbewegung sowie die verschiedenen die Nationalitäten interessierenden Probleme.

Das Reichsfinanzministerium und die Forderungen der Geschädigten. Zu der am Montag im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Besprechung über den Entwurf des Kriegsschadensschußgesetzes wird, wie die Wälder berichten, von Seiten des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß eine Änderung des Gesetzes nicht möglich sei. Dies ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß der Entwurf bereits dem Reichswirtschaftsrat zugegangen ist und nun dem Reichsrat zugeht. Die Regierung ist also nicht in der Lage, den Entwurf zu ändern, jedoch soll den Verbänden in einigen unwesentlichen Punkten noch entgegengekommen werden.

Zusammenstöße in Bad Gatzburg. In Bad Gatzburg ist es am Montag zu schweren Ausschreitungen gekommen. 22 Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei haben, wie die „Wörsche Zeitung“ berichtet, jüdische Einwohner und Kurgäste des Bades belästigt und überfallen. Eine große Anzahl von Personen erlitt bei den Zusammenstößen erhebliche Verletzungen. Die Gatzburger Polizeibehörde und die Gendarmenposten der Umgebung griffen ein und konnten fünf Personen, unter ihnen den Bauleiter, Eichhorn, festnehmen.

Das Misstrauensvotum gegen die irische Regierung

In der irischen Nationalversammlung brachte am Dienstag der Führer der irischen Arbeiterpartei, Johnson, das angelegentlichste Misstrauensvotum gegen die Regierung ein, indem er die Annahme einer Entschließung beantragte, der zufolge die Regierung nicht mehr das Vertrauen der Nationalversammlung genieße. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit von 71 zu 71 Stimmen. Die Stimme des Speakers für die Regierung gab den Ausschlag, so daß fürs erste eine Niederlage des Kabinetts vermieden wurde. Die außerordentliche eindrucksvolle Rede des Ministerpräsidenten Cosgrave, der erklärte, er werde jede Regierung unterstützen, die für den irischen Vertrag mit England und für die Konstitution eintrete, mag zu dem unerwarteten Ergebnis stark beigetragen haben. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob angesichts dieses knappen Abstimmungsergebnisses das Kabinett Cosgrave nicht trotzdem zurücktreten wird.

Freitag Entscheidung über Sacco-Banzetti

Nach einer Agenturmeldung aus Boston hat sich der Oberste Gerichtshof seinen Beschluß in der Sacco-Banzetti-Angelegenheit bis Freitag vorbehalten.

Die New Yorker Polizei berichtet, daß eine Anzahl führender Persönlichkeiten und Vereinigungen anonyme Androhungen neuer Bombenanschläge erhalten haben für den Fall, daß Sacco und Banzetti hingerichtet würden. In einem Drohbrief wurde damit gedroht, daß ein öffentliches Gebäude oder die Bahnhofsanlage in die Luft gesprengt werden würden.

Vor dem Hause von Louis Mac Farby in East Milton (Massachusetts, einem Mitglied der Geschworenenbank, die Sacco und Banzetti bei dem Prozeß in Dedham schuldig befunden hatte, explodierte eine Bombe. Die Fenster scheibten und ein Teil des Mobiliars wurden zertrümmert. Farby war zufällig abwesend, dagegen befand sich seine Familie im Hause. Obwohl die Feuerwehr die Betroffenen nur mit großer Mühe aus den Trümmern des zerstörten Hauses bergen konnte, ist keiner ernstlich verletzt worden.

W.B. Peoria (Illinois), 17. Aug. (Tel.) Eine schwere Explosion, deren Ursache zur Zeit noch nicht festgestellt ist, hat kurz nach Mitternacht den an dem West-Buffis gelegene Stadtteil erschüttert. Die Einwohner der Häuser wurden zu Boden geschleudert und sämtliche Fenster zertrümmert. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Kurze Nachrichten

Kabinettsitzung vor Genf. Das deutsche Reichskabinett wird, bevor der Reichsaußenminister nach Genf abreist, nochmals zu einer Sitzung zusammentreten. In dieser Sitzung, die am 25. und 26. August stattfinden soll, wird sich das Kabinett im einzelnen mit dem gesamten Genfer Fragekomplex befassen und Dr. Stresemann voraussichtlich wiederum freie Hand für Genf lassen.

Die Arbeitszeit in den Reichsverwaltungen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten teilt mit: „Schon seit Monaten stehen die am Reichsangehörigenarbeitsvertrag (RAV) beteiligten Organisationen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über die Abgeltung der Überzeitarbeit der Angestellten in den Reichsverwaltungen. Das Angebot der Regierung trägt den gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise Rechnung. Infolgedessen sind die Verhandlungen am Samstag, 18. August, gescheitert. Die Tariforganisationen haben deshalb am 15. August beim Reichsarbeitsminister beschleunigte Durchführung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.“

Annahme eines kommunistischen Misstrauensvotums in Schweden. Eine Abstimmung des Landtags von Västmanland, Kommunisten für ein Misstrauensvotum gegen den demokratischen Justizminister Dr. Müller ergab die Annahme des Misstrauensvotums mit 26 Stimmen der Rechten und der Kommunisten gegen 24 Stimmen der Sozialdemokraten und die der Gruppe für Volkswohlfahrt mit Einschluss der Demokraten. Von den drei Kommunisten fehlte einer.

Kleins nur zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der ehemalige Fremdenlegionär und spätere Mitarbeiter Abdel-Krims, Otto Kleins, der vor einiger Zeit vom französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, hatte wegen einer in diesem Prozeß vorgelommenen Namensverwechslung Berufung eingelegt. Das Kriegsgericht in Laas hat ihn nunmehr unter Aufhebung des Todesurteils zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Das neue griechische Kabinett. Der bisherige Ministerpräsident Jaimis bildete sein Kabinett, dem eine Anzahl der Minister des vorigen Kabinetts angehören und in dem er selbst vorläufig das Portefeuille des Innern übernimmt. Michalopoulos behält das Außenministerium. Das Parlament tritt am Montag zusammen.

Die Zusammensetzung der spanischen Nationalversammlung. Nach Blättermeldungen aus Saragossa erklärte der Rektor der dortigen Universität, der Primo de Rivera auf seiner letzten Reise begleitet hatte, die Nationalversammlung werde insgesamt 400 Mitglieder zählen. 49 Sitze sollen den Provinzgouverneuren, den Führern der Union Patriótica, sowie Vertretern der provinziellen und gemeindlichen Körperschaften vorbehalten werden.

Reise einer japanischen Studienkommission nach Ostafrika. Wie aus Tokio gemeldet wird, wird sich in der nächsten Woche eine halbamtliche japanische Mission nach Ostafrika begeben, um die dortigen Wirtschaftsverhältnisse zu studieren und einen Markt für die japanischen Produkte zu schaffen.

Vor einer Verstärkung der italienischen Luftflotte. Auf Veranlassung des italienischen Aroklubs solle jede Provinz mit je einem Flugzeug zur Luftflotte beisteuern. Die notwendigen Geldbeträge sollen durch öffentliche Zeichnungen in jeder Provinz aufgebracht werden.

Anschlag gegen ein Sowjetkonsulat. Wie die Pariser Blätter melden, hat ein in Boulogne wohnender russischer Staatsangehöriger mit Flaschen nach den Fenstern des dortigen Sowjetkonsulats geworfen und die Scheiben zertrümmert. Der Täter erklärte der Polizei, er habe dadurch gegen die Verweigerung eines Passes für seine, zurzeit in Russland sich aufhaltende Frau protestieren wollen.

Vormarsch der Nordtruppen in China. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Südruppen eiligst das Nordufer des Yangtse räumen. Die Truppen Suntschuanfongs, des Kommandeurs der Nordtruppen, rücken mit großer Schnelligkeit vor. Tausende von Flüchtlingen sind aus Nanking und Schanghai nach Schanghai abgereist. Fast alle führenden Mitglieder der Nanking Regierung sind in Schanghai eingetroffen. In Nanking herrscht Panik. Suntschuanfong, der Führer der Nordtruppen, hat an das Kabinett in Peking telegraphiert, er hoffe in Kürze in Nanking und Schanghai zu sein.

Der Indianeraufstand in Bolivien. Durch die schnellen Maßnahmen der Regierungstruppen soll ein allgemeiner Aufstand der bolivianischen Indianer verhindert worden sein.

Badischer Teil

Die Gefahren des elektrischen Stromes

Im Jahre 1926 haben sich nach dem Jahresbericht des Bad. Gewerkschaftsausschusses in Baden in gewerblichen Betrieben 82 Unfälle durch elektrischen Strom ereignet, deren 16 tödliche und zwar 6 an Hochspannungs- und 12 an Niederspannungsanlagen. Die letzteren waren in der Hauptsache an schlecht isolierten Lichtleitungen, Fassungen, Handlampen und an Hausanschlüssen entfallen. Nimmt man an, daß die Zahl der tödlichen Unfälle an Niederspannungsanlagen in landwirtschaftlichen Betrieben ebenso hoch war — was bei der ausgedehnten Verwendung der Elektricität in der badischen Landwirtschaft zutreffend erscheint —, so ergibt sich die Notwendigkeit, die weitesten Kreise auf die große Gefahr bei der Berührung blanke oder schlecht isolierter Teile von Niederspannungsanlagen aufmerksam zu machen. Leider besteht nämlich immer noch der verhängnisvolle Irrtum, daß die Niederspannung immer und überall ungefährlich sei und doch beweisen die zahlreichen Unfälle das Gegenteil, ja es scheint sogar so, daß bei ungünstigen Umständen die Berührung von Niederspannungsleitungen meistens den Tod herbeiführt, während die Einwirkung von Hochspannungen auf den menschlichen Körper häufig nur schwere Verbrennungen bei vorübergehender Bewußtlosigkeit hinterläßt. Jedenfalls ist die zahlenmäßige Größe der Spannung nicht ausschlaggebend für den Erfolg der Einwirkung. Dieser hängt vielmehr von der Artlichkeit und der Persönlichkeit ab. Die Artlichkeit wird dann gefährlich, wenn dem Strom durch irgendeinen Leiter der Weg durch den menschlichen Körper zur Erde frei gemacht wird, das ist z. B. dann der Fall, wenn der Mensch bei der Berührung der Niederspannung auf feuchtem Boden steht oder einen Metallteil (Eisenplatte, Zentralheizung, Wasser- oder Gasleitung und dergleichen) berührt. So sind die meisten der erwähnten Unfälle in Ställen, Kellern und Metzgereien entstanden. Deshalb kann nahezu jede gebräuchliche Spannung unter ungünstigen Umständen lebensgefährlich werden. Daraus ergibt sich die Forderung:

1. Es sollen nur Fachleute an elektrischen Leitungen arbeiten. Keine Pfuscherei!
2. Das bestmögliche Material (insbesondere in feuchten Räumen (Kellern, Ställen, Küchen usw.) zu verwenden.
3. Die Isolierungen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und blanke oder schlecht isolierte Teile, auch Schalter, Fassungen und dergleichen, unverzüglich neu zu isolieren, abzudecken oder auszuwechseln.
4. Jede Berührung blanke oder schlecht isolierter Teile zu vermeiden.

Tritt trotzdem ein Unfall ein, so kommen als erste Hilfeleistung sofort angestellte, ununterbrochen und genügend lang durchgeführte Wiederbelebungsvorhaben in Frage. In diesem Zusammenhang sei auszugeweiht ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes erwähnt, der folgendermaßen lautet:

„Die Erfahrungen haben gezeigt, daß bei Unfällen durch elektrischen Strom ein Erfolg der Wiederbelebungsvorhaben nur dann zu erwarten ist, wenn mit diesen Versuchen sofort am Unfallort ohne Verzögerung begonnen wird. Der Verunglückte soll nur aus dem Gefahrenbereich gezogen werden. Auch soll nicht durch Heranziehen weiterer Hilfe oder Herbeischaffen von Deden, Unterlagen und dergleichen Zeit veräußert werden, vielmehr ist mit den Wiederbelebungsvorhaben sofort zu beginnen. Ferner dürfen die Wiederbelebungsvorhaben nicht zu früh eingestellt werden. Sie sind mindestens zwei Stunden durchzuführen, wenn ein Erfolg nicht bereits früher eintritt.“

Falsche Reichsbanknoten über 20 Reichsmark

Von den im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 20 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist eine Fälschung festgestellt worden, die als solche an nachstehenden Merkmalen zu erkennen ist: Pflanzenstängel, Wasserzeichen und die Prägung des Kontraststempels in der gemusterten Blindprägung fehlen. Das Druckbild der Vorderseite ist dem einer echten, stark verbrauchten Note ähnlich. Die Rückseite zeigt ein auffallend helles und unvollständiges Gesamtbild in nur einfarbiger, schwarzbrauner Tönung. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt.

Die Reichsbank hat eine Belohnung bis zu M 3000.— ausgesetzt, die an diejenigen Personen verteilt werden soll, die zur Ermittlung und Festnahme der Fälscher beitragen.

Verbilligte Telephoneinrichtungen für Krankheitsfälle

Beim Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, z. B. in Krankheitsfällen, besteht bei den Fernsprecheinnehmern oft der Wunsch, im Krankenzimmer vorübergehend eine Telephoneinrichtung zur Verfügung zu haben oder sonstige Änderungen in der Fernsprechanlage für die Dauer des außergewöhnlichen Anlasses vornehmen zu lassen. Nach der neuen Fernsprechanordnung brauchen die Teilnehmer in solchen Fällen künftig keinen Apparatbeitrag mehr zu bezahlen. Hierunter versteht man einen festen einmaligen Beitrag, bei dessen Bemessung die Post ihre Apparatbeschaffungskosten zugrunde legt und der z. B. für einen Hauptanschluß 80 M und für eine Nebenstelle 80 M beträgt. Apparatbeiträge sind nur dann zu bezahlen, wenn die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen ein Vierteljahr übersteigt. Sonst sind für die vorübergehend eingerichteten Apparate der Post nur die Selbstkosten für die Einrichtung und Aufhebung zu erstaten. Die laufenden Gebühren und die Mindestzahl der Ortsgespräche werden anteilmäßig berechnet.

Klassisches Kammermusikfest

Die Stadt Musikdirektion Baden-Baden veranstaltet vom 6.—8. September drei Kammermusikfeste, die Beethoven, Schubert-Schumann und Brahms gewidmet sind. Ausführend sind Prof. Karl Flesch (Viol.), Prof. Karl Friedberg (Klav.) und Felix Salmond (Cello). Am 6. September findet unter Leitung von Generalmusikdirektor Ernst Neulich ein Orchesterkonzert statt mit Beethoven, Ouvertüre Leonore III.; Vigt, Klavierkonzert Es-Dur (Friedberg); Brahms, Doppelsonnert (Flesch, Salmond); Strauss, Don Quixote (Salmond).

Gefechtsübungen des 14. badischen Inf.-Regts.

Vom 6. bis 18. September finden unter Leitung des Regiments-Kommandeurs, Oberst Wenter von Danfenschweil im Raume Thalheim-Gammertingen-Fronstetten-Gomadingen Gefechtsübungen des verstärkten 14. (bad.) Infanterie-Regiments statt. An der Übung sind außer dem 14. Inf.-Regiment beteiligt: die halbe Eskadron Reiter Regiment 16, Standort Hofgeismar, 1. Abt. Art.-Regt. 5, Standort Ludwigsburg, 2. und halbe 4. Eskadron Fahrabteilung 5, Standort Ludwigsburg und Alm. Die Gefechtsübungen finden am 8., 10. und 12. September statt, am 18. September marschiert das Regiment aus seinem Übungsraum nach dem Truppenübungsplatz Münsingen, wo sich weitere Übungen im Divisionsverband anschließen.

Vom Neckarkanal

Die Arbeiten an der Feibelberger-Neckar-Staustufe sind in vollem Gange. In dem Baugelände zwischen Alter Brücke und Karlsruher Arbeiten nach dem „Feibelb. Tagel.“ gegenwärtig 450 Arbeiter in zwei Schichten. Das Bezirksamt erläßt eine Warnung vor dem Betreten der Gefährzonen bei Sprengungen.

Gemeinde-Rundschau

Die Reichswohnungszählung in Karlsruhe

Am 16. Mai d. J. hat bekanntlich im Deutschen Reich eine Wohnungszählung stattgefunden. Diese Zählung erfolgte in zweierlei Richtung. Einmal wurde die Belegung der vorhandenen Wohnungen ermittelt, zum anderen die Zahl der Wohnungsuchenden festzustellen versucht. Das Ergebnis der ersten Zählung ist in erster Linie sachlicher Natur, es liefert einen objektiven Überblick über die Wohnungszustände, während die zweite Zählung hauptsächlich ein Bild über die Wünsche der noch nicht im Besitze von selbständigen Wohnungen befindlichen Familien gibt.

Das vorläufige Ergebnis der Ermittlung der Wohnungsbekleidung wurde bereits kurz nach der Zählung bekanntgegeben. Es liegen nunmehr, nach Prüfung der Zählpapiere, genauere Daten vor. Danach waren am 16. Mai d. J. in Karlsruhe insgesamt 37 799 Wohnungen (ohne Anstalten, Pensionate und dgl.) vorhanden, von denen 37 615 bewohnt und 184 leer waren. Von den Leerwohnungen war in dessen der überwiegende Teil entweder schon vermietet oder wegen besonderer Gründe (z. B. Bauvalligkeit, Wertminderung und ähnlichem mehr) nicht ohne weiteres verfügbar; eigentliche leerstehende Wohnungen gab es nur 27, darunter 11 in Neubauten. Die Zahl der Haushaltungen belief sich auf 39 784, unter denen sich 2119 sogenannte zweite und dritte Haushaltungen (d. h. solche, die mit einer anderen Haushaltung die gleiche Wohnung teilen mußten) befanden. Sodann wurden 40 617 Familien festgestellt; von diesen führten 789 als sogenannte zweite und dritte Familien gemeinsamen Haushalt mit anderen Familien.

Das Gesamtergebnis der „objektiven Zählung“ geht also dahin, daß sich in 37 615 bewohnten Wohnungen 89 784 Haushaltungen mit 40 617 Familien aufstellten, also 2119 Haushaltungen bzw. 2902 Familien keine selbständige Wohnung besaßen. In Verhältniszahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß auf je 100 bewohnte Wohnungen 105,88 Haushaltungen (in den Vororten 104,57) bzw. 107,72 Familien (in den Vororten 107,96) fielen. Da heute, — so wenig wie in der Vorkriegszeit — nicht immer jede Familie eine selbständige Wohnung bewohnen will, kann jedoch der Restbetrag an Wohnungen auf Grund der objektiven Zählung nicht etwa zum Unterschied zwischen der Zahl der Familien und der Zahl der Wohnungen, d. h. zu rund 2900, angenommen werden, sondern eher zum Unterschied zwischen der Zahl der Haushaltungen u. der der Wohnungen, d. h. zu 2119, wenn man die Leerwohnungen außer Betracht läßt, oder zu 1935, wenn man sämtliche vorhandenen Wohnungen in Betracht zieht. In jedem Falle weist die Feststellung der Wohnungszustände auf einen reinen Abmangel von rund 2000 Wohnungen hin.

Was nun die subjektive Zählung anbetrifft, so haben sich beim Wohnungsausschuss 2998 Familien als Wohnungsuchende angemeldet; hiervon hatten aber 689 bereits selbständige Wohnungen, wenn auch vielfach bescheidener oder unzulänglicher Art, so daß ohne Eigenwohnung nur 2309 gemeldete Familien waren. Nach den Neuanmeldungen beim Wohnungsausschuss gibt es also in Karlsruhe rund 2300 Familien, die in den Besitz einer selbständigen Wohnung zu kommen wünschen. Diese Zahl deckt sich einigermaßen mit der objektiven Zählung des Statistischen Amtes. Sie ist zwar um rund 600 niedriger als der Unterschied zwischen der Zahl der Familien und der der bewohnten Wohnungen, aber andererseits um nahezu 200 höher als der Unterschied zwischen der Zahl der Haushaltungen und der der belegten Wohnungen. Jedenfalls ergibt man auch hieraus — wie schon oben angedeutet — daß nicht jede Familie eine selbständige Wohnung will.

In welcher Richtung bewegen sich nun die Wünsche der gemeldeten Wohnungsuchenden? Es wünscht hier über die Hälfte nur Zweizimmerwohnungen und weit über die Hälfte nur Dreizimmerwohnungen, so daß also neun Zehntel der beim Wohnungsausschuss festgestellten Wohnungsuchenden ausgesprochene Kleinwohnungen suchen und nur ein Zehntel Mittelwohnungen von 4—5 Zimmern. Würde sich die wirtschaftliche Lage nachhaltig bessern und damit der einzelne höhere Ansprüche an die Wohnung stellen können, so gäbe dies selbstverständlich eine Verschiebung der Nachfrage nach größeren. Es darf aber angenommen werden, daß der Wohnungsmangel zuerst bei den größeren Wohnungen aufhören wird, so sogar, daß letztere vielfach schon leer stehen werden, wenn an Kleinwohnungen noch ein erheblicher Mangel vorhanden ist. Auf diese Entwicklung deutet die schon heute zu machende Wahrnehmung hin, daß die Mietpreise der größeren neuen Wohnungen sinkende Tendenz haben. Allem nach werden Bauherren gut tun, sich mehr als bisher der Produktion von Kleinwohnungen zu widmen. Nebenfalls sollten Mittelwohnungen nur in sehr guter Lage hergestellt werden.

50. Geburtstag

Am heutigen 17. August begeht die in Diez a. d. Lahn gebürtige, zur Zeit in Eigeloch an der Gach in Württemberg lebende Jugendschriftstellerin Maria Bajer, die Schwester des durch seine langjährige Tätigkeit im Mittelbadischen Historischen Verein bekannten Offenburger Professors Ernst Bajer, ihren 50. Geburtstag. Die Jubilarin, die in Baden durch ihre Werke für die Jugend beiderlei Geschlechtes sehr geschätzt und beliebt ist, ist die Verfasserin einer ganzen Reihe von Geschichten, Erzählungen und Märchen, deren Schauplatz zum Teil unsere badische Heimat, besonders das Rheintal und der Schwarzwald ist, und die zum großen Teil in Verlag Lyrolia, Innsbruck, Niffer, Nürnberg und neuerdings bei Herder, Freiburg erschienen sind und erscheinen. Die Werke Maria Bajers sind größtenteils mit reizenden Bildern, Scherenschnitten, Federzeichnungen usw. ausgestattet.

Verschiebentlich wird ernste Kritik an der Vorbereitung des Fluges geübt, auch daran, daß ein Teil der deutschen Presse in nachgerade peinlich wirkender Weise und sicherlich nicht im Sinne der kühnen Flieger selbst mit Vorschulvorbeeren um sich geworfen hat. Die „Köf. Z.“ wirft die Frage auf, ob nicht der begreifliche Wunsch deutscher Technik und deutschen Wagemuts den Vorsprung zu sichern, dazu verführt hat, die fast unermesslichen Schwierigkeiten des Fluges bei nicht ganz sicherm Wetter zu unterschätzen. Das Blatt bezeichnet es weiter als bedauerlich, daß heute ein Unternehmen, wie der jetzt abgebrochene Ozeanflug, nicht so im Stillen in Angriff genommen werden kann, daß die Vorarbeiten und Vorbereitungen nicht von der Spannung der Öffentlichkeit der ganzen Welt vorwärts gepreßt werden und in den Beteiligten den Wunsch rege werden lassen, unter allen Umständen und ohne Verzögerung den auf sie gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden. Die „D. N. Z.“ spricht von einer Phantasie, von der man in Dessau offenbar befallen war. Sie bezweifelt, daß der Entschluß zum Abflug mit kühlem Blut gefaßt worden ist. Richtiger ist zunächst einmal die Erreichung des amerikanischen Festlandes ins Auge zu fassen, das rund 1000 Kilometer nördlich liegt als Newyork. Je solider die technische Basis ist, auf der der erste deutsche Ozeanflug gelingt, um so größer wird der Nutzen für das Ziel sein, dem allein wir zustreben: ein wirtschaftlich brauchbares Schnellverkehrsmittel für die Ozeanüberquerung zu schaffen. Von diesem Ziele sind wir, wie sich nun wohl mit schmerzlicher Deutlichkeit erweist, ja noch weit entfernt. Aber die Kosten des Unternehmens wird mitgeteilt, daß die direkten Kosten des Fluges für jede Maschine ungefähr 220 000 M betragen, die zur Hälfte auf Junkers, zur anderen Hälfte auf die übrigen Vertragspartner entfallen. Die indirekten Kosten sind natürlich weit höher, da die Anlegung der Startbahn allein weit über 100 000 M beanspruchte. Vom Reich ist eine finanzielle Unterstützung nicht gewährt worden.

Die Vorbereitungen Rönnecks
Die Vorbereitungen des Fliegers Rönneck werden — wie aus Köln gemeldet wird — noch die ganze Woche andauern, so daß erst anfangs nächster Woche mit seinem Start über den Ozean zu rechnen ist.

Italienische Priester verurteilt
Fünf Priester von Abino, deren Verhaftung zu einem Prozeß des vatikanischen „Osservatore Romano“ Veranlassung gab, wurden zu 1—5 Jahren Zwangsaufenthalt verurteilt. Die Urteilsgründe sind nicht genau bekannt. Aber man nimmt an, daß sich die Priester in Gegensatz zum neuen Gesetz über die Verteidigung des Staats befunden haben. Der „Levere“ polemisiert gegen den „Osservatore Romano“, der sich auf das kanonische Recht berufen hätte.

Das Erdbeben in Turestan
In Kamagan (Turestan) dauern Erdstöße, deren schon über 130 verzeichnet sind, ununterbrochen fort. Etwa 1500 Häuser wurden zerstört, über 2500 beschädigt. Nach vorläufigen Angaben übersteigt der Schaden 1 Million Rubel.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemartung Gottswald.

Die zwischen den Gemeinden Bühl, Griesheim, Waltersweier und Weier abgeschlossene Vereinbarung über die gemartungswise Aufteilung der im genossenschaftlichen Eigentum der genannten Gemeinden stehenden abgeforderten Gemartung Gottswald mit Wirkung vom 1. April 1927 wurde genehmigt.

Karlsruhe, den 18. August 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Köhnenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Berlegt:
Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Sturm in Donaueschingen nach Konstanz, Staatsanwalt Dr. Wolfgang Dreher in Pforzheim nach Karlsruhe, die Kanzleisekretäre Leopold Bifel beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst und August Heinrich beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst.

Abtritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Auf 1. September d. J. Oberlandesgerichtsrat Karl Streit in Karlsruhe, auf 1. Oktober d. J. Landgerichtspräsident Dr. Alfred Groß in Freiburg.

Zurückgesetzt:
Gaußmeister Rupert Leibold beim Landgericht Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Den planmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Ernst Hoffmann an der Universität Heidelberg zum ordentlichen Professor für Philosophie und Pädagogik, Oberbaurat Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Roman Weillgenhal in Berlin zum ordentlichen Professor für Städtebau und städtischen Tiefbau in der Abteilung für Bauingenieurwesen der Technischen Hochschule Karlsruhe, Privatdozent Dr. Walter Hübel an der Universität Göttingen zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Chemie an der Universität Freiburg, Religionslehrer Gustav Kempf am Realgymnasium in Ettlingen zum Professor an der Aufbauschule (Aufbaurealschule) in Ettlingen.

Entlassen auf Ansuchen:

Der planmäßige außerordentliche Professor für innere Medizin Dr. Siegfried Thannhauser an der Universität Heidelberg.

Operette im Konzerthaus

Morgen Donnerstag, den 18. August 1927, abends 7^{1/2} Uhr
die große Operettenneuheit

Paganini

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Worderstr., Brunner, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. 7260 zu M. 1.50—5.50. Freitag: Adieu Mimì.

Amerika als Vorbild

Walther, Prof. Andreas

Soziologie und Sozialwissenschaften
in Amerika und ihre Bedeutung für
die Pädagogik

IV, 143 Seiten

Preis brosch. M. 5.—, Leinen M. 6.—

Ansichtsvorlage durch jede gute Buchhandlung oder vom

Verlag G. Braun in Karlsruhe (Baden)

Flügel
Pianos 750
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Leser Bücher
Wissen ist Macht!

Restaurant zum Fürstenberg-Bräu

im Badischen Handelshof am Marktplatz Karlsruhe
Spezial-Ausschank der Fürstl. Fürstenbergischen Brauerei A.G. Donaueschingen

ERÖFFNUNG

der neuzeitlich ausgestatteten Räumlichkeiten: Mittwoch, den 17. August, nachmittags 6 Uhr
Sorgfältig geführte Küche — Weine renommierter Firmen
Zu geneigtem Besuch laden recht herzlich ein
Carl Hauer und Frau

Zum Wirken durch Wissen führt WISSEN UND WIRKEN

Die neuen Bände der Sammlung:

- Dr. G. Lehmann in Berlin. „Das religiöse Erkennen.“ (1.80)
- Dr. C. Haeblerlin in Bad Nauheim. „Die Gefüge des Lebendigen.“ (1.20)
- Dr. R. Carnap in Buchenbach. „Physikalische Begriffsbildung.“ (1.20)
- Prof. Dr. C. A. Emge in Jena. „Hegels Logik und die Gegenwart.“ (1.20)
- Dr. A. Wenzl in München. „Das unbewußte Denken.“ (1.20)
- Prof. Dr. E. Probst in Karlsruhe. „Aufgaben und Ziele der Technischen Hochschulen.“ (Päd. S.-R. 7.) (1.20)
- Dr. A. Möller in Graz. „Der Schauspieler.“ (1.80)
- Prof. Dr. Engelbert Krebs in Freiburg i. Br. „Wesen und Werden des Glaubens nach katholischem Verständnis.“ (1.20)
- Dr. Gerhard Storz. Das Theater in der Gegenwart. Eine zeitkritische Untersuchung. (3.—)
- Hauptlehrer Philipp Hördt in Heidelberg. „Muttersprache und Volkserziehung.“ (Päd. S.-R. 3.) (3.—)
- Studiendirektor Dr. Max Müller in Lage (Lippe). „Die französische Philosophie der Gegenwart.“ (1.20)
- Prof. Dr. Arthur Drews in Karlsruhe. „Die Leugnung der Geschichtlichkeit Jesu in Vergangenheit und Gegenwart.“ (4.80)
- Prof. Dr. E. Stern in Gießen. „Zufall und Schicksal.“ (1.20)
- Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in Mathematik und exakten Naturwissenschaften. I. Mathematik.“ (Päd. S.-R. 4.) (1.80)
- Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in den exakten Wissenschaften. II. Chemie.“ (Päd. S.-R. 5.) (1.80)

Die Umschau schreibt: „Es sind Werkchen, welche eine ernstere Vertiefung in die Materie beanspruchen, die vielen willkommen sein wird.“

Verlangen Sie ausführliche Verzeichnisse vom
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE